

Aufsicht in der Sozialversicherung

Ergänzbare Handbuch für die Praxis

Bearbeitet von
Herwig Schirmer, Dr. Horst Kater, Dr. Fred Schneider

Loseblattwerk mit 27. Aktualisierung 2016. Loseblatt. Rund 656 S. Im Ordner
ISBN 978 3 503 01783 6
Format (B x L): 14,8 x 21,0 cm

[Recht > Sozialrecht > Sozialrecht allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Aufsicht in der Sozialversicherung

Ergänzbare Handbuch für die Praxis

von

Herwig Schirmer

Staatssekretär a. D.

Dr. Horst Kater

Vorsitzender Richter
am Landessozialgericht a. D.

Dr. Fred Schneider

Abteilungspräsident
im Bundesministerium
für Arbeit und Soziales a. D.

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 01783 6](http://ESV.info/9783503017836)

ISBN 978 3 503 01783 6

ISSN 0933-2057

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2014
www.ESV.info

Satz: UMP Utesch Media Processing, Hamburg
Druck: Meta Systems, Wustermark

Vorwort

Das vorliegende Handbuch soll einen umfassenden Einblick in die Aufgaben und Tätigkeiten der Aufsichts- und Mitwirkungsbehörden in der Sozialversicherung geben und der größeren Transparenz der staatlichen Aufsicht, ihrer rechtlichen Grundlagen und ihrer Praxis dienen.

Es ist aufgrund langjähriger praktischer Erfahrungen gestaltet worden, so dass weniger die wissenschaftlich-systematische Darstellung als die konkrete Problemlösung in repräsentativen Aufsichts- und Mitwirkungssituationen im Vordergrund steht. Rechtssystematische Fragestellungen sind jedoch dann vertieft worden, wenn sich durch die Aufsichtspraxis ein besonderes Bedürfnis hierfür gezeigt hat.

Das Handbuch soll auch die Sachdiskussion zwischen den Selbstverwaltungskörperschaften und der staatlichen Aufsicht weiter fördern. Es wird deshalb begrüßt, wenn den hier vertretenen Auffassungen mit Anregungen und Kritik von Seiten der Selbstverwaltung begegnet wird. Die Verfasser hoffen, dass diese Diskussion das kooperative Zusammenwirken von Selbstverwaltungskörperschaften und Aufsichtsbehörden festigt, dem gegenseitigen Verstehen dient und damit der Sache nützt.

Um stets aktuell zu sein, erscheint das Handbuch in Loseblattform, die die schnelle Berücksichtigung neuer praktischer Erfahrungen ermöglicht. Um den Rahmen der Darstellung nicht zu sprengen, werden Leitfäden und Verfahrensgrundsätze in die Anlagen aufgenommen.

Für ihre Mitarbeit an der aktuellen Ergänzungslieferung möchten wir Frau Abteilungspräsidentin Sabine Riedel, Herrn Abteilungspräsidenten Dr. Uwe Markus, Herrn Abteilungspräsidenten Andreas Pfohl, Herrn Regierungsdirektor Reiner Müller und Herrn Regierungsdirektor Wolfgang Popoff unseren Dank aussprechen.

Berlin, im Februar 2014

Die Verfasser

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	010	1
Abkürzungsverzeichnis	030	1
Literaturverzeichnis	040	1
Stichwortverzeichnis	050	1
Teil I		
Einführung in das Verhältnis Sozialversicherungsträger – Aufsicht	100	1
I. Allgemeines		1
II. Sozialversicherung als öffentliche Aufgabe		2
III. Die Sozialversicherungsträger als Teil der mittelbaren Staatsverwaltung		4
IV. Selbstverwaltung in der Sozialversicherung		5
V. Aufsicht und Selbstverwaltung in komplementären Funktionen		8
Teil II		
Die Rechtsaufsicht	200	1
I. Begriff und Funktion der Rechtsaufsicht		1
1. Begriff		1
a) Rechtsaufsicht, Fachaufsicht und Mitwirkung als Formen der Staatsaufsicht		1
b) Abgrenzung der Staatsaufsicht von der Dienstaufsicht		2
c) Inhaltliche Unterscheidung der drei Formen der Staatsaufsicht		2
d) Staatsaufsicht als Amtspflicht i. S. des § 839 BGB		4
2. Die Wirkungsweise der Rechtsaufsicht	220	1
a) Bildung einer eigenen Überzeugung der Aufsichtsbehörde		1
b) Rechtsaufsicht als Rechtsanwendungs- kontrolle		2
aa) Die Rechtsaufsicht im Vergleich zur Rechtskontrolle der Gerichte		2
bb) Rechtsaufsicht und unbestimmte Rechts- begriffe		5
cc) Rechtsaufsicht im Ermessensbereich		7
dd) Rechtsaufsicht und Tatsachenermittlung der Versicherungsträger		10
c) Die der Rechtsaufsicht immanente Beratungs- funktion		10

3.	Die Entscheidungsfreiheit der Aufsichtsbehörde	230	1
	a) Rechtsaufsicht und anhängige Gerichtsverfahren		1
	b) Subsidiarität der Rechtsaufsicht gegenüber dem Beitragseinzugsverfahren?		5
	c) Opportunitätsprinzip		7
	d) Rechtsaufsicht und Individualinteressen		11
II.	Maßstäbe der Rechtsaufsicht	240	1
1.	Allgemeines		1
2.	Verfassung		2
	a) Bindung an die Wertentscheidungen der Verfassung		2
	b) Bindung an die Grundrechte		6
	c) Vereinbarkeit von Gesetzen mit dem Grundgesetz		8
3.	Gesetze und Rechtsverordnungen	250	1
	a) Gesetze auf dem Gebiet des Sozialversicherungsrechts		1
	aa) Innerstaatliche Rechtsvorschriften		1
	bb) Zwischenstaatliche und überstaatliche Rechtsvorschriften		3
	b) Sonstige Gesetze		5
	c) Rechtsverordnungen		7
4.	Verwaltungsvorschriften	255	1
	a) Allgemeines		1
	b) Begriffliche Abgrenzung		1
	c) Umfang der Bindung an Allgemeine Verwaltungsvorschriften		3
	d) Mittelbare Wirkung unverbindlicher Verwaltungsvorschriften		5
5.	Wettbewerbsgrundsätze der gesetzlichen Krankenversicherung	260	
6.	Autonomes Recht der Sozialversicherungsträger	270	1
	a) Satzungen		1
	b) Dienstordnungen		2
	c) Entschädigungsregelungen		4
	d) Unfallverhütungsvorschriften, Gefahrtarife		6
7.	Richtlinien der Sozialversicherungsträger und ihrer Verbände	275	1
	a) Richtlinien mit ausschließlich verwaltungsinterner Bedeutung		1
	b) Richtlinien mit Außenwirkung kraft Selbstbindung		2
	c) Richtlinien mit Außenwirkung kraft Satzung		4
	d) Richtlinien der Spitzenverbände der Sozialversicherungsträger auf Grund gesetzlicher Ermächtigung		5

8. Verwaltungsvereinbarungen der Sozialversicherungsträger	280	1
9. Tarifverträge	285	1
a) Wirksamkeitsvoraussetzungen und Rechtsfolgen von Tarifverträgen.		1
b) Verbot der Unterschreitung tarifvertraglicher Regelungen.		2
c) Grenzen der Überschreitung tarifvertraglicher Regelungen.		3
10. Ungeschriebenes Recht	290	1
a) Allgemeine Rechtsgrundsätze		1
b) Besondere Rechtsgrundsätze für die Verwaltung		2
c) Gewohnheitsrecht		3
11. Die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit	295	1
12. Ständige Rechtsprechung	300	1
III. Prüfung und Unterrichtung	305	1
1. Das Informationsrecht der Aufsichtsbehörde		1
a) Pflichtgemäße Prüfung.		2
b) Unterlagen und Auskünfte		4
c) Anzeige- und Mitteilungspflichten		7
d) Unterrichtung an Ort und Stelle, Teilnahme an Sitzungen		8
e) Beauftragte der Aufsichtsbehörde.		9
f) Wahrung der Sozialgeheimnisse		9
2. Gegenstand der Prüfung und Unterrichtung	310	1
a) Versicherungsträger, Verbände, Arbeitsgemeinschaften.		1
b) Die Einrichtungen der Sozialversicherungsträger		
aa) Verwaltungseinheiten der Versicherungsträger.		1
bb) Eigenbetriebe.		2
cc) Beauftragte Einrichtungen		4
dd) Mitgliedschaften		5
ee) Arbeitsgemeinschaften		8
c) Die Geschäfts-, und Rechnungsführung.	10a	
aa) Allgemeines	10a	
bb) Eigene und fremde Geschäfte.		12
3. Die Aufsichtsprüfung	330	1
a) Allgemeines		1
aa) Begriff.		1
bb) Arten der Prüfung		2
cc) Die Prüfplanung.		3
b) Grundsätze des Prüfverfahrens		4
aa) Einleitungsgrundsätze.		4
bb) Vorbereitung der Prüfung		5
cc) Durchführung der Prüfung		7

dd) Beendigung des Prüfverfahrens	10
c) Umsetzung von Prüffeststellungen	10
4. Die Aufsichtsbeschwerde	345 1
a) Begriff und Rechtsnatur der Aufsichts- beschwerde	1
aa) Begriff	1
bb) Rechtsnatur der Aufsichtsbeschwerde als Petition gem. Art. 17 GG	5
b) Das Beschwerdeverfahren	7
aa) Verfahrensgrundsätze	7
bb) Die Bearbeitung der Beschwerden	7
c) Beteiligung der Aufsichtsbehörde an Beschwerdeverfahren bei anderen Stellen	12
aa) Oberste Behörden des Bundes und der Länder	12
bb) Parlamente	12
d) Auswertung der Bearbeitungsergebnisse	13
IV. Aufsichtsmittel	350 1
1. Aufsichtsmittel nach § 89 SGB IV	2
a) Verpflichtungsbescheid	2
aa) Rechtsverletzung	2
bb) Beratung	4
cc) Erfolgreicher Fristablauf und Opportunitäts- entscheidung	5
dd) Inhalt des Verpflichtungsbescheides	6
ee) Wirkung des Verpflichtungsbescheides ...	9
ff) Zwangsmittel zur Durchsetzung des Verpflichtungsbescheides	11
b) Sitzungen der Selbstverwaltungsorgane auf Veranlassung der Aufsichtsbehörde (§ 89 Abs. 3 SGB IV)	13
2. Aufsichtsmittel in sonstigen Fällen	360 1
a) Beanstandung des Haushaltsplans durch die Aufsichtsbehörde	1
aa) Haushaltspläne der Rentenversicherungs- träger	1
bb) Haushaltspläne der Krankenversiche- rungsträger, Träger der Pflegeversicherung und Unfallversicherungsträger	4
cc) Haushaltspläne der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Garten- bau, der Knappschaft-Bahn-See, der Unfallkasse des Bundes, der Eisenbahn- Unfallkasse und der Unfallkasse Post und Telekom	6
b) Beanstandung von Vergütungsvereinbarungen und Verträgen nach dem SGB V durch die Auf- sichtsbehörde	7

c) Selbsteintritt der Aufsichtsbehörde bei Verhinderung von Organen der Versiche- rungsträger	9
aa) Wahrnehmung von Aufgaben anstelle des hauptamtlichen Vorstands einer Betriebskrankenkasse	9
bb) Wahrnehmung von Aufgaben anstelle der Selbstverwaltungsorgane eines Versiche- rungsträgers	10
d) Befugnisse der Aufsichtsbehörde in beson- deren Fällen	12
Teil III	
Die staatlichen Mitwirkungsrechte	500
I. Allgemeines	1
1. Begriff und Anwendungsbereich	1
a) Begriff	1
b) Überblick über die Mitwirkungsvorbehalte im Sozialversicherungsrecht	2
c) Abgrenzung der Mitwirkung von anderen Verfahren	3
d) Abgrenzung zur Mitwirkung der Aufsichts- behörden bei Zwangsvollstreckungsmaß- nahmen gegenüber Sozialversicherungs- trägern	5
2. Rechtsnatur der Mitwirkungsentscheidung	505
a) Mitwirkung bei der Setzung autonomen Rechts aa) Die Mitwirkungsentscheidung als gestal- tender Verwaltungsakt gegenüber dem Versicherungsträger	1
bb) Kein Verwaltungsakt gegenüber Dritten	3
cc) Einzelne Folgen einer Qualifizierung der Mitwirkungsentscheidung als Verwaltung- sakt	3
b) Mitwirkung an Verwaltungsmaßnahmen der Versicherungsträger	4
3. Die Funktion der Mitwirkung	510
a) Die Doppelfunktion	1
b) Die Mitwirkungstätigkeit in der Praxis	6
aa) Rechtskontrolle, insbesondere Überprü- fung des Ermessens	6
bb) Die über die Rechtskontrolle hinaus- reichende Mitwirkungsfunktion	11
II. Das Genehmigungsverfahren	520
1. Allgemeines	1
2. Beschlussfassung beim Versicherungsträger und Antrag	2
a) Zuständige Organe	2

b) Ordnungsgemäße Beschlussfassung	4
c) Der Genehmigungsantrag	8
3. Prüfung und Genehmigung durch die Mitwirkungsbehörde	11
a) Vorabstimmung	11
b) Die antragsgemäße Entscheidung	14
c) Inkrafttreten	16
4. Nicht antragsgemäße Entscheidungen der Mitwirkungsbehörde	525 1
a) Versagung	1
b) Teilgenehmigung	3
c) Genehmigung mit Nebenbestimmungen	7
aa) Bedingung	8
bb) Auflage	9
cc) Befristung	11
d) Rechtsetzung durch die Mitwirkungsbehörde (Ersatzvornahme)	12
aa) Allgemeines	12
bb) Rechtsgrundlagen	13
cc) Inhalt und Wirkung einer ersatzweisen Rechtsetzung	15
III. Genehmigung von Satzungen der Sozialversicherungsträger	530 1
1. Rechtsgrundlagen und Mitwirkungszwecke	1
2. Genehmigungsmaßstab	3
3. Satzungsgestaltung und ihre Grenzen	7
a) Allgemeiner Umfang der Satzungsautonomie	7
b) Satzungsautonomie und „Kann“-Ermächtigungsnormen	10
4. Festsetzung von Zusatzbeiträgen und Prämien nach § 242 SGB V in den Satzungen der Krankenversicherungsträger	13
a) Rahmenbedingungen der Haushalts- und Finanzplanung der Krankenkassen	14
aa) einheitlicher Beitragssatz und durchschnittlicher Zusatzbeitrag	14
bb) Wettbewerb durch Kassenwahlrecht	16
cc) Risikostrukturausgleich	17
dd) Verfahren	19
b) Zusatzbeiträge und Prämien als Satzungsbestimmung	21
aa) Zusatzbeiträge	21
bb) Prämien	26
5. Genehmigung von Kassenbereicherungen	27
6. Muster von Satzungen	31
IV. Genehmigung von Dienstordnungen der Sozialversicherungsträger	580 1
1. Rechtsgrundlagen und Mitwirkungszwecke	1

2. Besonderheiten bei Beschlussfassung und Genehmigung von Dienstordnungen		3
a) Bezugnahmen in der Dienstordnung		3
b) Anhörung der volljährigen Angestellten bzw. der Personalvertretung		9
3. Genehmigungsmaßstäbe		11
a) Genehmigungsmaßstäbe der Reichsversicherungsordnung und des Sozialgesetzbuches VII		11
aa) Allgemeines		11
bb) Versagung aus wichtigem Grund in der Krankenversicherung		13
cc) Versagungsgründe in der Unfallversicherung		16
b) Genehmigungsmaßstab Art. VIII des 2. BesVNG		
aa) Allgemeines		17
bb) Rahmen des Bundesbesoldungsgesetzes, Besoldungs- und Stellengefüge		17
cc) Geld- und geldwerte Leistungen und ihre Grenzen		19
dd) Gerichtsverfahren		22
4. Dienstordnungsrecht und Tarifrecht		26
V. Genehmigung und Anzeige von Vermögensanlagen der Sozialversicherungsträger	620	1
1. Allgemeines		1
a) Mitwirkungszwecke		3
b) Anwendungsbereich		4
c) Darlehensaufnahme zur Investitionsfinanzierung zulässig?		6
d) Investitionsmaßnahmen durch Krankenkassen und Unfallversicherungsträger		7
2. Die Beteiligung an gemeinnützigen Einrichtungen und die Darlehen für gemeinnützige Zwecke		8
a) Die Beteiligungen der Versicherungsträger an gemeinnützigen Einrichtungen		
aa) „Beteiligung“		8
bb) „Gemeinnützigkeit“		12
b) Darlehen für gemeinnützige Zwecke		13
c) Maßstäbe zum Genehmigungs- und Anzeigeverfahren		14
d) Verfahren		17
3. Der Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten		18
a) Gegenstand der Genehmigung		18
aa) Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		18
bb) Die Freigrenze		20
b) Genehmigungsmaßstäbe		20
c) Auswahl des Grundstücks		22

d) Verfahren	23
e) Rechtsfolgen einer Nichtgenehmigung	24
4. Die Errichtung, die Erweiterung und der Umbau von Gebäuden	24
a) Gegenstand der Genehmigung	26
aa) Gebäude	26
bb) Errichtung, Erweiterung, Umbau	26
cc) Die Freigrenze des § 85 Abs. 2 und 3 SGB IV	28
b) Genehmigungsmaßstäbe	28
c) Verfahren	31
5. Immobilienleasing	32
6. Anzeigen nach § 85 Abs. 5 SGB V	33
Staatliche Organisationsmaßnahmen	650
Insolvenz und Schließung von Krankenkassen	1
1. Finanzstabilität als Maxime des Aufsichtshandelns	1
2. Das Aufsichtsinstrumentarium bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten von Krankenkassen	4
a) Beanstandung des Haushaltsplans gem. § 70 Abs. 5 SGB IV	4
b) Aufsichtsmittel gem. § 89 SGB IV und Ersatzvornahme nach § 242 Abs. 3 S. 4 SGB V	5
c) Finanzielle Hilfen nach §§ 265, 265a SGB V und Vereinbarungen nach § 265b SGB V	6
3. Verfahren bei Insolvenz und Schließung	9
a) Zwangsweise Vereinigung durch Beschluss der Aufsichtsbehörde nach § 172 Abs. 3 SGB V	9
b) Insolvenz	10
aa) Zahlungsunfähigkeit	10a
bb) Drohende Zahlungsunfähigkeit	11
cc) Überschuldung	12
dd) Die Anzeige des Vorstands	13
c) Schließung	15
d) Vorrang des Schließungsrechts	17
e) Insolvenz- und schließungsrechtliche Begleitregelungen	18
Teil IV	
Zuständige Behörden	700
I. Die Aufsichts- und Mitwirkungsbehörden	1
1. Allgemeines	1
2. Aufsichts- und Mitwirkungsbehörden des Bundes	3
a) Bundesversicherungsamt	3
aa) Zuständigkeit und Aufgaben	3
bb) Rechtsstellung	4a
b) Bundesministerium für Arbeit und Soziales	5
c) Bundesministerium für Gesundheit	8a

3.	Aufsichts- und Mitwirkungsbehörden der Länder	8b
a)	Grundlagen und Zuständigkeitsbereich	8b
b)	Tabellarische Übersichten	8b
4.	Aufsichtsbehördentagungen	26
II.	Abgrenzung der Bundes- und Landeszuständigkeit	710
1.	Bundes- und landesunmittbare Sozialversicherungsträger	1
2.	Arbeitsgemeinschaften	3
3.	Staatliche Organisationsmaßnahmen gegenüber Krankenversicherungsträgern	5
a)	(„Anschluss“-)Errichtung von Krankenversicherungsträgern	6
b)	Andere Organisationsmaßnahmen gegenüber Krankenversicherungsträgern	9
III.	Abgrenzung zu anderen staatlichen Kontrollbehörden	720
1.	Bundesrechnungshof	1
a)	Prüfung landesunmittelbarer Sozialversicherungsträger	1
b)	Prüfung bundesunmittelbarer Sozialversicherungsträger	3
c)	Verhältnis Bundesrechnungshof-Aufsichtsbehörde	4
2.	Bundesbeauftragter für den Datenschutz	5
IV.	Aufgaben und Kompetenzen der Aufsichtsbehörde bei den Sozialversicherungswahlen	730 1
Teil V		
	Rechtsschutz gegen Entscheidungen der Rechtsaufsichts- und Mitwirkungsbehörden	750
I.	Klagen gegen Maßnahmen der Rechtsaufsichts- und Mitwirkungsbehörden	1
II.	Die Aufsichtsklage	3
1.	Voraussetzungen	3
2.	Erhebung der Aufsichtsklage	4a
3.	Klagegegner	5
4.	Aufschiebende Wirkung	6
III.	Klage gegen Verpflichtungsbescheid	7
IV.	Klage auf Einschreiten der Aufsichtsbehörde	10
V.	Klage gegen Beanstandung und Zwangsetatisierung im Haushaltsverfahren	11
VI.	Klagen gegen Mitwirkungsentscheidungen	13
VII.	Klagen gegen Veränderungen im Bestand und im Bereich von Betriebs- und Innungskrankenkassen	
1.	Staatliche Organisationsmaßnahmen	16
a)	Errichtung oder Erweiterung von Betriebskrankenkassen	16

b) Errichtung oder Erweiterung von Innungs- krankenkassen	18
c) Vereinigung und Schließung von Betriebs- und Innungskrankenkassen sowie Aus- scheidung von Kassenteilen; kassenarten- übergreifende Vereinigung	19
2. Änderung des Kassenbereiches	21
VIII. Klagen gegen sonstige Entscheidungen der Rechts- aufsichts- und Mitwirkungsbehörden	
1. Rechtsetzungsakte der Mitwirkungsbehörde (Ersatzvornahme)	22
2. Entscheidung der Aufsichtsbehörde im Rahmen des § 4 Abs. 5 SGB X	22
 Teil VI	
Prüfdienst Kranken- und Pflegeversicherung	770
I. Charakter der Prüfung	3
II. Prüfungsgegenstände und Prüfstrategien	5
1. Universalität der Prüfung	5
2. Turnusprüfung	6
3. Schwerpunkt- und Querschnittsprüfungen	9
4. System- und Einzelfallprüfung	10
5. Finanzstatusprüfungen	10
6. Orientierungs- und Pilotprüfungen	11
7. Prüfturnus	11
III. Prüfungsmaßstäbe	12
IV. Informationsrecht der Prüfeinrichtung	13
V. Weitere Aufgaben der Prüfdienste	
1. Prüfung des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung	15
2. Prüfung der Kassenärztlichen Vereinigungen ...	15
3. Prüfung der Pflegekassen	15
4. Prüfung der Deutschen Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland	16
5. Medizinischer Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen	16
6. Arbeitsgemeinschaften	16
VI. Zuständige Behörden für die Prüfdienste Kranken- versicherung	17
VII. Prüfdienst Kranken- und Pflegeversicherung des Bundesversicherungsamts	16
1. Aufbauorganisation	18
2. Ablauforganisation	18
a) Prüfplan	18
b) Vorbereitung und Einleitung der Prüfung	20
c) Örtliche Erhebungen	22

d) Beratungsgespräch	26
e) Besprechungsunterlage	26
f) Besprechungsniederschrift	30
g) Nachschau/Nachprüfung	30
h) Abschluss der Prüfung	31
i) Auswertung der Prüfung	31
VIII. Zusammenarbeit der Prüfdienste Krankenversicherung	31
IX. Finanzierung des Prüfdienstes (Bund)	32
X. Gegenüberstellung der Prüfungen nach § 88 Abs. 1 SGB IV und § 274 Abs. 1 SGB V	33
XI. RSA-Prüfungen als neue Aufgabe der Prüfdienste ...	35
– Versicherungszeiten/Disease-Management-Programm (DMP) –	
1. Prüfauftrag	36
2. Gegenstand / Ziel der Prüfung	36
3. Datenbestimmung und Verfahren	36
4. Stichprobeninhalt	37
5. Prüfinhalt	37
– Morbiditätsdaten –	38
1. Prüfauftrag	38
2. Gegenstand / Ziel der Prüfung	38
3. Datenbestimmung und Verfahren	38
4. Stichprobenprüfung	39
5. Prüfinhalt	40
6. Umsetzung der Prüfergebnisse	40
XII. Prüfung „Sonstige Beiträge“	40
1. Prüfauftrag	40
2. Gegenstand / Ziel der Prüfung	41
3. Datenbestimmung	41
4. Stichprobenverfahren	42
5. Durchsetzung der Prüffeststellungen	44
6. Prüfturnus	44
7. Kosten	44
XIII. Bundesrechnungshof	44
Teil VII	
Anlagen	800 1
Fragen zur Unterscheidung zwischen selbstständigen Betrieben und unselbstständigen Betriebsteilen	801 1
Prüfthemenkatalog des Bundes und der Länder	890 1
Genehmigungsverfahrensgrundsätze für die Anwendung des § 85 SGB IV – BVA – Grunds 85	900 1
Grundsätze für die Beteiligung von Sozialversicherungsträgern an gemeinnützigen Einrichtungen (privatrechtliche Gesellschaften)	905 1

Gemeinsame Wettbewerbsgrundsätze der Aufsichtsbehörden der gesetzlichen Krankenversicherung	910	1
Gemeinsame Leitlinien der Aufsichtsbehörden für die Prüfung der Repräsentations- und Bewirtungsleistungen	920	1